

Symposium der Weltföderation der Wissenschaftler:

Wissenschaftspolitik in der Welt von morgen mit strategischer Bedeutung

Das Komitee für Wissenschaftspolitik der Weltföderation der Wissenschaftler veranstaltete mit der marokkanischen Gewerkschaft Wissenschaft vom 19. bis 21. März 1990 in Pes ein Symposium zum Thema „Strategische Bedeutung der Wissenschaftspolitik in der Welt von morgen“.

M. Matlab (Irak) legte die fundamentalen Ausgangspunkte einer seines Erachtens erfolgversprechenden Wissenschaftspolitik dar: - Hauptaufgabe der Wissenschaft sei es, nach Wahrheit zu suchen, den Menschen zu helfen, ein freies menschenwürdiges Leben zu gestalten, wegweisend zu diesem Zweck zu fungieren und vor allen menschenbedrohenden militärischen, ökologischen, technischen, politischen oder gesellschaftlichen Gefahren zu warnen.

- Wissenschaft müsse in Lehre und Forschung eng mit den Bedürfnissen der Gesellschaft verbunden sein. Eine ausgewogene Wissenschaftspolitik zwischen der angewandten und der Grundlagenforschung soll für jedes Land ausgearbeitet werden, unter Berücksichtigung seiner Bedürfnisse und seines Entwicklungsstandes.

- Freiheit der Wissenschaft sei zu garantieren, d. h. ihre Unabhängigkeit von ideologischen und bürokratischen Einflüssen der Parteien und des Staates. Nur durch diese Freiheit könne man zu wertvollen Lösungen für politische, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Probleme gelangen.

- Wissenschaft trägt internationalistischen Charakter. Alle Völker, die histo-

risch zur Entwicklung der Wissenschaft beigetragen haben, haben einander wissenschaftlich und kulturell bereichert. Deshalb müssen heute die Zusammenkünfte und die Zusammenarbeit der Wissenschaftler der verschiedenen Länder unterstützt und gefördert werden.

- Gesellschafts- und Geisteswissenschaften seien ein wichtiger Bestandteil der Wissenschaft. Sie sind unentbehrlich für die friedliche, glückliche Weiterentwicklung jeder Gesellschaft und für die ganze Menschheit.

Viele Redner, unter anderen C. Russel (England), Mantrach (Marokko), Abu Zeid (Ägypten), Abdul Aziz (Marokko), sprachen von den die Menschheit bedrohenden ökologischen Gefahren: Umweltverschmutzung für Land, Wasser, Luft, saurer Regen; Zerstörung des Waldes, besonders im Amazonasgebiet (man schätzt, daß jährlich 60 Millionen Bäume gefällt werden) und deren Auswirkung auf das Klima; Zunahme von schädlichen Gasen wie Methan und Kohlenstoffdioxid durch das Verbrennen organischer Energieträger. Man schätzt, daß der CO₂-Gehalt der Atmosphäre seit Anfang unseres Jahrhunderts bis heute um 30 % gestiegen ist, seine Zunahme beträgt heute 1 % pro Jahr. Dadurch erhöht sich die durchschnittliche Lufttemperatur und dementsprechend der Wasserspiegel der Meere und Ozeane. All das vollzieht sich nicht ohne Wirkung auf die Biosphäre. In zunehmendem Maße werden Schädlingsbekämpfungsmittel und Düngemittel verwendet. Die Chemikalien gelangen ins Grundwasser und vergiften es. Das Energieproblem muß global durchdacht und eine optimale Lösung gefunden werden. Die jüngste Geschichte der Kernenergie zeigt, daß diese mit vielen Risiken verbunden ist. All das weist darauf hin, daß heute jedes wirtschaftliche Eingreifen in die Natur nicht ohne öko-

logische Wirkung vor sich geht. Der Mensch sei ein Teil der Natur.

C. Russel (England) und Booss (BRD) plädierten dafür, daß die Technik allein die genannten Weltprobleme nicht lösen kann. Wolodin (UdSSR) meinte, es gebe einen Widerspruch zwischen der Entwicklung des Menschen und jener der Natur. Der Mensch müsse Mechanismen für die Reproduktion der Natur durchdenken und durchsetzen. Eine Grundvoraussetzung dafür sei die Erziehung der Menschen als Bürger dieser Welt. Neues Denken gelte es zu entwickeln: Priorität der Menschheitsinteressen; ökologische Mentalität (die Natur muß nicht nur uns, sondern auch den kommenden Generationen erhalten werden); Humanismus; Toleranz gegenüber Andersdenkenden; demokratische Mentalität und Ablehnung des Monopols der Wahrheit.

Über die Probleme der dritten Welt und ihrer Wissenschaftspolitik sprachen mehrere Redner: Abu Zeid (Ägypten), Mantrach und Bou Taleb (beide Marokko), Matlab (Irak), Giasi (Ghana), Russel (England) u. a. Die Mehrzahl der Länder der dritten Welt sei durch eine Reihe von Problemen gekennzeichnet: rasche Bevölkerungszunahme, Hunger, Arbeitslosigkeit, Emigration, Abholzung von Wäldern und Umwandlung von Ackerland in Wüste. Die Auswirkungen solcher Probleme sind nicht auf die dritte Welt beschränkt, sondern sie betreffen praktisch die ganze Erde. Deshalb liegt es im Interesse aller Staaten, die Rückständigkeit der dritten Welt zu überwinden.

Unter den jetzt herrschenden politischen und ökonomischen Bedingungen ist es aber kaum vorstellbar, die genannte Armut und Rückständigkeit zu beseitigen. Die Entwicklung der verschiedenen Länder der Welt verläuft äußerst ungleichmäßig, die Diskrepanz zwischen den Hochindustriestaaten und der drit-

ten Welt vergrößert sich ständig. Ein möglicher Ausweg aus diesem Dilemma könnte sein, die Ausgaben der Großmächte für Aufrüstung zu reduzieren und die dadurch freigewordenen Gelder für die ökonomische und wissenschaftliche Entwicklung der armen Länder der dritten Welt zu spenden.

Die Entwicklungsländer brauchen eine fundierte Wissenschaftspolitik, die die Wissenschaft in Lehre und Forschung mit den Bedürfnissen der jeweiligen Gesellschaft organisch verbindet. Aber dafür fehlt in der Mehrzahl dieser Länder der politische Wille. Wissenschaft ist noch nicht als notwendiger Faktor des Fortschritts in vollem Maße anerkannt worden. Meinungsfreiheit, soziale Sicherheit, Rechte und Würde der Wissenschaftler sind nicht immer garantiert. Ihre Kontakte und Kommunikationen mit anderen Wissenschaftlern im Ausland werden meist erschwert, und die materiellen Bedingungen für ihre schöpferische Tätigkeit sind nicht gewährleistet. Der Anteil vom Budget, den die Entwicklungsländer für die Wissenschaft ausgeben, beträgt im Durchschnitt nicht mehr als ein Zehntel von dem der Industrieländer (0,2 % gegenüber 2,5 %). Deshalb bleiben viele der hochqualifizierten Fachleute und Wissenschaftler aus den Entwicklungsländern nicht in ihrer Heimat, sondern suchen Arbeitsplätze im hochentwickelten Ausland.

C. Russel monierte, daß es notwendig sei, nicht nur die Technik der hochentwickelten Industriestaaten in die dritte Welt zu exportieren, sondern vor allem auch die Wissenschaft und das wissenschaftliche Denken. Die Wissenschaftler der Industriestaaten müßten in die Entwicklungsländer gehen, ihre Probleme kennenlernen und ihre jungen Generationen ausbilden und befähigen, ihre eigenen Probleme zu lösen. Ein Komitee für die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung in der dritten Welt zu bilden schlug A. Berrada (Marokko) vor.

Das Symposium war gut organisiert, die Diskussionen lebhaft und die Gastfreundschaft der Marokkaner ausgezeichnet.

Dr. Mohamed Matlab, Mitglied der WFW, Sektion 02

Institut für Friedens- und Konfliktforschung gegründet

Am 6. März 1990 gründeten in Leipzig Friedensforscher und interessierte Bürger aus der DDR und der BRD das Unabhängige Institut für Friedens- und Konfliktforschung e. V. (UIFK). Damit wurde ein Prozeß abgeschlossen, der im Oktober vergangenen Jahres mit der Bildung einer entsprechenden Initiativgruppe begonnen hatte.

demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Bonn.

Laut Statut ist es Ziel des neuen gemeinnützigen, partei- und staatsunabhängigen Instituts, durch seine Tätigkeit auf wissenschaftlichem Gebiet sowie in der Öffentlichkeit zur Erhaltung und Festigung des inneren und äußeren Friedens beizutragen. Zu diesem Zweck betreibt es projektorientierte Forschungen zu Problemen der Theorie und Praxis des inneren und äußeren Friedens und der Sicherheit, besonders in Richtung eines entmilitarisierten Europas und einer prinzipiellen Entmilitarisierung des Sicherheitsdenkens. Das Institut wird, auch gemeinsam mit anderen Einrichtungen der Friedensforschung und -arbeit in Ost und West, wissenschaftliche Veranstaltungen und Aktionen zur Beilegung innerer und äußerer Konflikte, zur Stabilisierung der Sicherheit und zur Friedenserhaltung organisieren. Es versteht sich darüber hinaus auch als Beratungsorgan für alle interessierten gesellschaftlichen Gruppen, politische und soziale Bewegungen, politische Parteien und die Massenmedien.

Das Institut führt durch seine Mitglieder in nationaler und internationaler Kooperation interdisziplinäre wissenschaftliche Untersuchungen durch. Es wird solche Projekte koordinieren, bearbeiten und unterstützen, die sich neben den Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung mit der Konfliktregulierung und Konfliktlösung, der politischen, militärischen, ökonomischen und ökologischen Zusammenarbeit, den globalen Friedensfragen und den Fragen der Friedenserziehung in der Gesellschaft befassen. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit des UIFK werden auf Konferenzen, Kolloquien und Seminaren vorgestellt und in den Medien bzw. Büchern publiziert.

Die mehr als siebzig Personen verschiedener Fachrichtungen und Berufe umfassende Gründungsversammlung wählte in geheimer Abstimmung Prof. B. Gonnermann (Berlin) zum Vorstandsvorsitzenden der UIFK und Prof. W. Kleinwächter (Leipzig) sowie Dr. Benjowski (Berlin) zu seinen Stellvertretern. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten auch Vertreter des Forschungsinstituts für Friedenspolitik, Starnberg (BRD), das im Vorstand vertreten ist, der Berghof-Stiftung, Westberlin, der Arbeitsgruppe Friedensforschung, Bonn, und des Bundes

Die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Arbeit wird über die Finanzierung durch Stiftungen, Spenden, öffentliche Förderung und die Mitgliedsbeiträge gewährleistet.

Das UIFK will insbesondere auch den interessierten Personen, die nicht professionell in der Friedens- und Konfliktforschung arbeiten, die Möglichkeit bieten, in entsprechenden Projekten mitzuwirken oder sich umfassend zu informieren. Deshalb kann jeder Interessierte Mitglied des UIFK werden. Durch fördernde Mitgliedschaft, Spenden und Stiftungen besteht darüber hinaus für Personen, Organisationen, Unternehmen und Einrichtungen die Möglichkeit, die Arbeit des UIFK zu unterstützen.

Jeder Interessent kann unverbindlich weitere Informationen über das UIFK und die Mitgliedschaft von der UIFK-Geschäftsstelle (Karl-Marx-Straße 23, DDR-1600 Königs Wusterhausen) oder von der Basisgruppe Süd (c/o Institut für Internationale Studien, Karl-Marx-Universität, Postfach 920, DDR - 7010 Leipzig) anfordern.

Dr. Thomas Bernstein

Der Borkenkäfer schadet unseren Wäldern sehr



Unsere Aufnahme zeigt ein völlig mit Buchdruckern verseuchtes Rindenstück.

Die Stürme des Winters haben Tausenden Bäumen das Leben gekostet. In beiden Teilen Deutschlands liegen enorme Mengen Schadholz auf dem Tabrett des gefährigen Forstschadlings Borkenkäfer. Besonders dem walzenförmigen, nur wenige Millimeter kleinen Buchdrucker schmecken unsere 80- bis 100jährigen Fichten am besten. Im April bis Mai schwärmt der gefährliche Unhold und bohrt sich in frisch gefällte, vom Wind geworfene oder kränkelnde Stämme ein. In den sogenannten Rammelkammern unter der Rinde entstehen gegenwärtig nicht unbedeutende Probleme für die Gesundheit unserer Wälder. Denn nach

14 Tagen schlüpfen Larven, die im Spätsommer in unheimlich großer Anzahl als ausgewachsene Käfer erneut über die Wälder herfallen. Dann werden auch gesunde Bestände nicht verschont, und ganze Waldgebiete können absterben. Darum sollte im Frühjahr kein unentdecktes Stammholz mehr im Wald liegen. Aber zaubern können unsere Förster leider nicht, und für viele Arbeiter ist es gegenwärtig sehr lukrativ, in diversen privaten Forsten weiter westlich zu arbeiten. Aber auch das hilft uns natürlich etwas, denn unsere kleinen Freunde können gut und mit Windunterstützung weit fliegen.

Text und Fotos: Ralph Schultz



Nach drei Monaten ist der durch starken Windwurf entstandene Schaden leider noch immer nicht aufgearbeitet. Da hat der Borkenkäfer leichtes Spiel.

Enge Kontakte zur Uni Stuttgart

Die deutsch-deutsche Kooperation zwischen verschiedenen Universitäten ist in Gang gekommen. Die Universität Stuttgart ist mittlerweile an mehreren Projekten in der DDR beteiligt. So will die Stuttgarter Hochschule in den Bereichen Baugewesen, Architektur und Städtebau künftig auch mit unserer Technischen Universität enger zusammenarbeiten.

Beim Besuch einer Delegation aus Dresden, die TU-Rektor Prof. Dr. rer. nat. habil. Günther Landgraf anführte, wurde vereinbart, die Zusammenarbeit der beiden Hochschulen zu vertiefen. So soll in Dresden ein Bauzentrum errichtet werden, heißt es in einer gemeinsamen Absichtserklärung. Karl Gertis, Professor für konstruktive Bauphysik der Universität Stuttgart, soll dessen wissenschaftliche Leitung übernehmen. Neben der Universität Stuttgart haben auch das bau-physikalische Institut der Fraunhofer-Gesellschaft und der Fell-

Beim Nachbarn erfahren

bacher Arbeitskreis „Energie-Bau-Umwelt“ ihre Unterstützung zugesichert, Energieparende und umweltfreundliche Bauweisen, Materialien und Geräte sollen durch dieses geplante Bauzentrum Handwerkern, mittelständischen Unternehmern, aber auch Baufachleuten, Studenten und Lehrkräften in der DDR bekanntgemacht werden.

(Aus einem Beitrag der „Stuttgarter Zeitung“)

gierenden Betriebe oder Einrichtungen anzufertigen ist. Das interdisziplinäre Fach beinhaltet Themen vom Kulturrecht bis zur Informatik.

Teilnahmemeldungen umgehend an: Universität Rostock, Direktorat für Studienangelegenheiten, Abt. Fernstudium, Thierfelder Straße 1, Rostock 2500 (Tel.: 37591/276).

(Aus „Hamburger Abendblatt“)

Zu großer Andrang von DDR-Bewerbern

Einen nahezu flächendeckenden Numerus clausus an der Technischen Universität Berlin strebt TU-Präsident Fricke an. In diesem Sommersemester müsse die Entscheidung getroffen werden, damit die Technische Universität nicht durch zusätzliche Bewerber aus der DDR und Ost-Berlin in einem Maße in der Studenten-

zahl wachse, das nicht mehr zu vertreten sei. Bereits zum Sommersemester erreicht die TU den Rekord von 33127 Studenten. Bisher hatte die Höchstzahl bei 31412 im Wintersemester 1988/89 gelegen, als es zu der großen „Streik- und Protestbewegung“ gekommen war. Schon im Sommer sind mit 446 Neumatrikulierten aus der DDR und Ost-Berlin mehr Studienbewerber aufgenommen worden als aus West-Berlin. Aus West-Berlin kommen 353 Neumatrikulierte und aus Westdeutschland 599.

Für das Wintersemester liegen jedoch jetzt schon Anfragen von 2923 Interessenten aus der DDR und Ost-Berlin vor. Wenn sich diese große Zahl in Bewerbungen niederschlägt, sei dieser Ansturm mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr zu bewältigen, erklärte TU-Präsident Fricke vor der Presse. Die TU strebe eine Quotenregelung an, bei der pro Fach verschiedene Quoten für Bewerber aus West-Berlin, Ost-Berlin und der DDR, Westdeutschland und dem Ausland festgelegt werden.

(Aus „Der Tagesspiegel“)

Ausgewählte Probleme zu Controlling und Energiemanagement im Unternehmen

Die energetische Basis eines Unternehmens ist in hoher Effizienz zu verwalten. Die Aufgabe des Managements besteht u. a. darin, im Interesse des Unternehmens diesen Anforderungen gerecht zu werden. Zur Unterstützung des Managements ist es möglich, einen Controlling in die Lösung der anstehenden Aufgaben mit einzubeziehen. Dieser betreibt im Interesse seiner Auftraggeber des Unternehmens einen Managementservice, indem er die Geschäftsleitung in die Lage versetzt, die Führungsaufgabe eines rationalen Energiemanagements zielorientiert und effizient zu erledigen. Das Controlling als Führungsinstrument selbst ist dabei der Aufgabenkomplex des Controllings, der im wesentlichen drei Hauptaufgaben zu realisieren hat:

1. Bereitstellung eines geeigneten Instrumentariums zur Erfüllung der Führungsaufgaben und der damit verbundenen Koordinierungsfunktion

2. Aufbau eines Controlling-Systems, das als Führungsinstrument das Management in die Lage versetzt, aktionsorientiert tätig zu werden

3. Mitwirkung des Controllings bei der generellen Zielplanung im Unternehmen; d. h. Mitarbeit bei der Sicherung von Rentabilität und Liquidität des Unternehmens.

In diesem Zusammenhang der Aufgaben des Controllings ist es wesentlich, daß der Controlling selbst keine Entscheidun-

gen fällt, sondern nur die Geschäftsleitung bei ihrer Entscheidungsfindung unterstützt. Der Controlling betreibt somit eine reine Dienstleistungsfunktion im Unternehmen, sollte aber Mitglied des Managements in der 1. oder 2. Führungsebene sein; bei Großunternehmen sollte er zentral im Management eingebaut sein. Er ist also im Management-Control eingebunden, das die Lenkung, Steuerung und Regelung von Unternehmen oder auch von Teilen von Unternehmen zum Inhalt hat. Im Unternehmen selbst zeichnet sich der Controlling durch hohe Anordnungsbefugnisse aus:

• Er muß die Führungskräfte zum Handeln veranlassen, ohne dabei selbst Entscheidungen zu treffen

• Er muß ein hohes Maß an unternehmerischer Weitsicht, Neutralität und Objektivität besitzen

• Er muß auf allen durch ihn zu bearbeitenden Ebenen im Unternehmen eine positive, konstruktive Unruhe stiften. Er muß unbefangene, kontaktfreudig und kreativ sein

• Er muß die Führungskräfte für positive Lösungen im Unternehmen motivieren.

Aufbau eines Zielsystems durch den Controlling zum Energiemanagement

1. Schwerpunkt: Planung der energetischen Basis des Unternehmens

ausgewählte Inhalte:
1. Informieren über Ziele und Inhalte regionaler Energieversorgungskonzepte

2. Erarbeiten von Grundsätzen einer umweltorientierten wirtschaftlichen Energieanwendung

3. Erarbeiten von Energiebedarfsanalysen unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen, die sich zwischen Energiebedarf, Wirtschaftswachstum, Ressourcenbegrenzung und Umweltverträglichkeit ergeben

4. Erarbeiten von Methoden der Bewertung von Recyclingökonomie und -ökologie hinsichtlich der Nutzung von Sekundärenergieressourcen.

Die Zielvorgaben werden bestimmt, wobei optimale Schritte zur Zielerreichung durch den Controlling festzulegen sind. Einzelne Teilpläne werden vom Controlling zu einem schlüssigen Gesamtplan zusammengestellt.

2. Schwerpunkt: Koordinierung der festgelegten Aufgaben

ausgewählte Inhalte:

1. Schwerpunkte und Verantwortungsbereiche festlegen, die sich aus der energetischen Planung des Unternehmens ergeben

2. Erarbeiten und Vorschlagen von Alternativlösungen zum Einsatz der im Unternehmen anzutretenden energetischen Basis in hoher Effizienz

3. Herbeiführen eines Interessenausgleichs in den einzelnen Verantwortungsbereichen

4. Aufstellen einer flexiblen Plankostenrechnung unter Verantwortlichkeit des

Controllers

3. Schwerpunkt: Optimale Steuerung der erarbeiteten Informationen

ausgewählte Inhalte:

1. Bereitstellung der entsprechenden Informationen für den Liniemanager der entsprechenden Verantwortungsbereiche im Unternehmen

2. Gewährleistung einer monatlichen Berichterstattung durch den Liniemanager an den Controller

3. Ermittlung und Abforderung von Umsatz-, Bestands- und Liquiditätskennzahlen - teilweise auch tägliche Ermittlung ergeben

Dieses durch den Controlling zum Energiemanagement ausgearbeitete und vorgelegte Zielsystem mit seinen Schwerpunkten und ausgewählten Inhalten trägt dazu bei, die gestellten Beschaffungs-, Produktions-, Umsatz- und Finanzierungsziele des Unternehmens aus der Sicht des Einsatzes der vorhandenen energetischen Basis in hoher Effizienz zu erreichen.

Dr. J. Jasinski

Literatur

Sieber, W.: Integration von Betriebswirtschaft und Umweltgestaltung in der sozialen Marktwirtschaft, TU Dresden, 1990

Franks, R.: Der Verwaltungswirt, Nr. 6/88, Heidelberg

Munser/Großmann: Energiewirtschaft und Umwelt, Dresdner Universitätsjournal 3/90

Lottmann/Worfeld: Die neue Managementpraxis 1/90, Vogel-Verlag Würzburg

Wolfs/Moor: Betriebliches Energiemanagement - Aktuelle Investition in die Zukunft, Springer-Verlag, Wien New York, 1989